

2.2.2 Rechtsgrundlagen –  
Kirchenrechtliche Grundlagen  
*Sabine Demel*



## Alles, was recht ist

### 2.2.2 Kirchenrechtliche Grundlagen

von Sabine Demel

Katholische Kirche versteht sich als Volk Gottes und Gemeinschaft aller Gläubigen. Dieses Selbstverständnis und die sich daraus ergebende Grundstruktur definiert das kirchliche Gesetzbuch von 1983, der CIC<sup>1</sup>, wie folgt:

„Gläubige sind jene, die durch die Taufe Christus eingegliedert, zum Volk Gottes gemacht und dadurch auf ihre Weise des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes Christi teilhaft geworden sind; sie sind gemäß ihrer Stellung zur Ausübung der Sendung berufen, die Gott der Kirche zur Erfüllung in der Welt anvertraut hat“ (c.204 §1).

Hier wird eindeutig festgelegt, dass die Taufe sowohl in das *Volk Gottes eingliedert* als auch zugleich die *Teilnahme am dreifachen Amt Christi* des Lehrens, Heiligens und Leitens verleiht. Deshalb ist jede/jeder Getaufte auf ihre/seine Weise zur Ausübung des Sendungsauftrages der Kirche berufen, und zwar bereits *kraft der Taufe* und nicht erst vermittelt durch einen kirchlichen Amtsträger. Konsequenz dessen ist es, dass unter *allen* Gläubigen kraft der Taufe eine *wahre Gleichheit* besteht. Diese wahre Gleichheit beinhaltet zwei wichtige Aspekte:

1. Sie ist *grundlegender* als der Unterschied zwischen Laien und Klerikern und alle weiteren Unterschiede, die es natürlich auch gibt.
2. Sie bezieht sich sowohl auf die gemeinsame *Taufwürde* als auch auf die gemeinsame *Tauftätigkeit*, den Sendungsauftrag der Kirche zu erfüllen.

In diesem Sinn hält das kirchliche Gesetzbuch explizit fest:

„Unter allen Gläubigen besteht, und zwar aufgrund ihrer Wiedergeburt in Christus, eine wahre Gleichheit in ihrer Würde und Tätigkeit, kraft der alle je nach ihrer eigenen Stellung und Aufgabe am Aufbau des Leibes Christi mitwirken“ (c. 208).

### Der Sitz im Leben der Kirche

Die Pfarrei ist der Lebensraum, wo der und die einzelne Gläubige Kirche vor Ort und am Ort erfährt, gleichsam hautnah erlebt. Nach wie vor ist die Pfarrei Hauptlernort des christlichen Glaubens sowie zentrales Betätigungs-

ungsfeld für den Glauben. Hier kann und soll die/der einzelne Gläubige ihre/seine in der Taufe empfangenen Fähigkeiten und Charismen entdecken, entfalten und ausüben, und zwar im Dienst der kirchlichen Sendung bzw. des Gemeindeaufbaus und das heißt wiederum als wechselseitige Hilfe im Christsein. Pfarrei soll somit eine Gemeinschaft von Gläubigen sein, die sich nicht versorgen lässt, sondern sich selbst um sich sorgt. Dazu sind alle Gläubigen kraft ihrer Taufe befähigt und gemäß ihrer je eigenen Stellung in der Gemeinde berechtigt. Deshalb ist nicht nur der Pfarrer als der Leiter der Pfarrei wichtig, sondern auch der Lektor, die Kommunionhelferin, der Mesner bzw. Küster, die Ministranten, der Kaplan, die Pastoralreferentin, der Diakon und ebenso diejenigen, die sich in den sozialen Diensten, in der Leitung von Gruppen und Projekten oder in der Sakramentenvorbereitung engagieren, und diejenigen, die in den verschiedenen Gremien der Pfarrei mitarbeiten.

Blickt man allerdings auf die Umschreibung der Pfarrei im kirchlichen Gesetzbuch, so kommt diese Konzeption von Pfarrei nicht deutlich genug zum Tragen. Denn zunächst wird in c.515 §1 die Pfarrei umschrieben als „eine bestimmte Gemeinschaft von Gläubigen, die in einer Teilkirche auf Dauer errichtet ist und deren Seelsorge unter der Autorität des Diözesanbischofs einem Pfarrer als ihrem eigenen Hirten anvertraut wird.“

Hier in dieser einleitenden Definition wie im gesamten Abschnitt der Rechtsbestimmungen über die Pfarrei steht die Person des Pfarrers so sehr im Mittelpunkt, dass man den Eindruck gewinnen kann, die Pfarrei sei das ausschließliche Betätigungsfeld des Priesters, während die anderen Gläubigen lediglich als Empfängerinnen und Empfänger der priesterlichen Seel- bzw. Hirten-sorge erscheinen. Erst durch die Lektüre des c.529 §2 wird dieses Missverständnis ausgelotet, indem explizit festgestellt wird:

„Der Pfarrer hat den eigenen Anteil der Laien an der Sendung der Kirche anzuerkennen und zu fördern... und sich darum zu bemühen, dass die Gläubigen für

<sup>1</sup> „CIC“ ist die Abkürzung für „Codex Iuris Canonici“, die einzelne Rechtsnorm im CIC wird als „canon“ (= Richtschnur, Maßstab) bezeichnet und mit „c.“ abgekürzt.

die pfarrliche Gemeinschaft Sorge tragen, sich in gleicher Weise als Glieder der Diözese wie der Gesamtkirche fühlen und an Werken zur Förderung dieser Gemeinschaft teilhaben und sie mittragen.“

Warum wird diese wichtige Aussage, dass die Laien nicht nur die kirchliche Heilssendung empfangen, sondern auch selbst mittragen, erst hier getroffen und nicht schon in der einleitenden Definition über die Pfarrei des c.515 §1? Hierfür gibt es keine plausible Erklärung, vor allem angesichts der Grundaussagen in c.204 §1 und c.208.

Einen gewissen Ausgleich dieses Defizits stellt c.519 dar, in dem der kirchliche Gesetzgeber explizit festgeschrieben hat, dass der Pfarrer nicht nur auf die Mitarbeit von Priestern, Diakonen, Laien und Ordenschristen angewiesen, sondern sogar gesetzlich verpflichtet ist:

„Der Pfarrer ist der eigene Hirte der ihm übertragenen Pfarrei; er nimmt die Hirtensorge für die ihm anvertraute Gemeinschaft unter der Autorität des Diözesanbischofs wahr, zu dessen Teilhabe am Amt Christi er berufen ist, um für diese Gemeinschaft die Dienste des Lehrens, des Heiligens und des Leitens auszuüben, wobei nach Maßgabe des Rechts auch andere Priester oder Diakone mitwirken sowie Laien mithelfen“ (c.519).

Eine Konkretisierung dieser Rechtsvorschrift ist u.a. die Existenz von verschiedenen Gremien der Mitverantwortung, die repräsentativ zusammengesetzt sind und durch Gespräch, Beratung und Beschlussfassung für einvernehmliches und für das Gesamtinteresse der Pfarrgemeinde gedeihliches Vorgehen sorgen sollen. Eines dieser wichtigen Gremien ist der Pfarrpastoralrat oder Pfarrgemeinderat.

## Die Doppelfunktion des Pfarrgemeinderats

Nach dem kirchlichen Gesetzbuch kann (nicht: muss) in jeder Pfarrei ein sog. „Pastoralrat“ eingerichtet werden. So legt c.536 fest:

„§1. Wenn es dem Diözesanbischof nach Anhörung des Priesterrates zweckmäßig scheint, ist in jeder Pfarrei ein Pastoralrat zu bilden, dem der Pfarrer vorsteht; in ihm sollen Gläubige zusammen mit denen, die kraft ihres Amtes an der pfarrlichen Hirtensorge Anteil haben, zur Förderung der Seelsorgetätigkeit mithelfen.

§2. Der Pastoralrat hat nur beratendes Stimmrecht und wird durch die vom Diözesanbischof festgesetzten Normen geregelt.“

Im deutschsprachigen Raum findet man in den Pfarreien jedoch nicht diesen Pastoralrat vor, sondern den sog. „Pfarrgemeinderat“, der auf die Bestimmungen der „Gemeinsame(n) Synode der Bistümer in der Bundesre-

publik Deutschland“ von 1975 zurückgeht. Dort heißt es:

„In jeder Pfarrgemeinde ist ein Pfarrgemeinderat zu bilden. ... Aufgabe des Pfarrgemeinderates ist es, in allen Fragen, die die Pfarrgemeinde betreffen, je nach Sachbereich und unter Beachtung diözesaner Regelungen beratend oder beschließend mitzuwirken. ... Die Regelung des Vorsitzes erfolgt nach diözesanem Recht. Dabei soll möglichst nicht der Pfarrer als Vorsitzender bestimmt werden. ... Erklärt der Pfarrer förmlich aufgrund der durch sein Amt gegebenen pastoralen Verantwortung und unter Angabe der Gründe, dass er gegen einen Antrag stimmen muss, so ist in dieser Sitzung eine Beschlussfassung nicht möglich. Die anstehende Frage ist im Pfarrgemeinderat in angemessener Frist erneut zu beraten. Kommt auch hier eine Einigung nicht zustande, kann die zu bildende Schiedsstelle angerufen werden.“<sup>2</sup>

Seit langem wird darüber diskutiert, ob der deutsche Pfarrgemeinderat im Sinne des Pastoralrates verändert bzw. abgeschafft werden muss oder nicht.<sup>3</sup> Denn für den Pfarrgemeinderat gilt, dass er (1.) in jeder Pfarrei zu bilden ist, (2.) bei wichtigen Entscheidungen sowohl beratendes wie entscheidendes Stimmrecht hat und (3.) möglichst nicht den Pfarrer, sondern einen Laien zum Vorsitzenden bestellen soll. Der mit dem CIC/1983 neu eingeführte Pfarrpastoralrat ist demgegenüber (1.) nicht verpflichtend vorgeschrieben, sondern vom Diözesanbischof entweder in jeder oder keiner Pfarrei seiner Teilkirche einzurichten, besitzt (2.) nur beratendes Stimmrecht und hat (3.) den Pfarrer kraft seines Amtes als Vorsitzenden.

Wegen dieser strukturellen Unterschiede fordern die einen, dass die Statuten des deutschen Pfarrgemeinderates von Vorschriften über den Pastoralrat des c.536 anzupassen sind, weil partikuläre Gesetze, die den Bestimmungen des Codex widersprechen, gemäß c.6 §1 n.2 aufgehoben sind. Die anderen lehnen dagegen diese Forderung ab, weil der deutsche Pfarrgemeinderat mit dem Pastoralrat des c.536 nicht völlig, sondern nur teilweise deckungsgleich ist; denn der Pfarrgemeinderat ist nicht nur, wie c.536 vorsieht, Beratungsorgan des Pfarrers, sondern zugleich auch das Organ, das auf Pfarrebene das Laienapostolat koordiniert u. fördert (vergleiche CD 27 und AA 26)<sup>4</sup>. Das geht aus allen Satzungen der Pfarrgemeinderäte im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz hervor. Insofern muss folgende Differenzierung

<sup>2</sup> Beschluss: Räte und Verbände, Teil III. 1.16, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe I; Freiburg i. Br. 1976, 651 – 677, 663f.

<sup>3</sup> Vgl. zum Folgendem Krämer, P., Kirchenrecht II. Ortskirche – Gesamtkirche, Stuttgart 1993, 93-95.

<sup>4</sup> CD ist die Abkürzung für „Christus Dominus“, den Titel des Dekretes des II. Vatikanischen Konzils über die Hirtenaufgabe der Bischöfe in der Kirche. AA ist die Abkürzung für „Apostolicam actuositatem“, den Titel des vatikanischen Dekrets über das Laienapostolat.

vorgenommen werden: In seiner Eigenschaft als Pastoralrat gemäß c.536 berät und unterstützt der Pfarrgemeinderat den Pfarrer im Bereich des Heildienstes, also vor allem in Fragen der Verkündigung und Sakramentenpastoral; als Organ des Laienapostolats ist er dagegen eigenverantwortlich tätig und fasst auch eigene Beschlüsse in den Bereichen des Laienapostolats, die in die Pfarrgemeinde hineinreichen wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Liturgie, soziale und caritative Fragen, Mission, Entwicklung, Friedensarbeit, Erwachsenenbil-

dung, Ehe und Familie, Jugend- und Seniorenarbeit. Aufgrund dieser Doppelfunktion des Pfarrgemeinderates stehen die unterschiedlichen Regelungen des Vorsitzes und des Entscheidungsrechtes in keinem Widerspruch zu c.536. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Fragen des Vorsitzes und des Entscheidungsrechtes nicht überbewertet werden sollten, da dem Pfarrer als dem letztverantwortlichen Leiter der Pfarrei ohnehin ein begründungspflichtiges Vetorecht gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderats zukommt.

